

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher neue Zeitung. 1947-1949 1948

9 (23.1.1948)

Süddeutsche Allgemeine

KARLSRUHER NEUE ZEITUNG

Erscheinungstage: Montag, Mittwoch und Freitag. — Einzelpreis RM — 30, monatlicher Bezugspreis RM 2.20 (inkl. RM — 30 Trägergebühr, bei Zustellung durch die Post RM 2.00 zuzüglich Zustellgebühr).

Anzeigenpreis: Die 33 mm br. Nonp-Zeile Karlsruher Ausgabe RM 1.50; Pfaffenburger Ausgabe und Württembergische Abendblatt je RM 1.—; Gesamtanpreis RM 2.—, Aml. Anzeigen 50% Nachlaß.

2. Jahrgang / Nummer 9

Freitag, den 23. Januar 1948

Einzelpreis 20 Pfennig

Proteststreik in Bayern

München, 22. Jan. (Dena.) Ein 24stündiger Proteststreik für ganz Bayern wurde am Donnerstagmorgen durch den bayerischen Gewerkschaftsbund proklamiert.

München, 22. Jan. (Dena.) Auch der Personen- und Güterverkehr der Eisenbahn wurde — soweit nicht Interessen der Militärregierung betroffen wurden — im Rahmen des 24stündigen allgemeinen Proteststreikes heute Nacht um 00.00 Uhr für ganz Bayern eingestellt.

München. (Dena.) Obwohl der Gewerkschaftsbund die Presse von der 24stündigen Arbeitsniederlegung ausgeschlossen hat, wird sich der Großteil der bayerischen Zeitungen dem Proteststreik anschließen.

München. (Dena.) Der durch die bayerischen Gewerkschaften proklamierte 24stündige Generalstreik wird das Land Bayern voraussichtlich 27 Millionen Mark kosten, teilte die bayerische Staatsregierung nach einer abgehaltenen außerordentlichen Ministerratung mit. Wie weiter verläuft, war das Kabinett bis gestern 20 Uhr noch nicht von der geplanten Arbeitsniederlegung offiziell in Kenntnis gesetzt worden.

München. (Dena.) Über eine Million Arbeiter und Angestellte beteiligten sich an dem 24stündigen Proteststreik, obwohl die Mitgliederzahl der Gewerkschaften nur 800 000 beträgt.

Das verschlossene Buchenwald

Weimar, 22. Jan. (Dena.) Die Besichtigung des ehemaligen Konzentrationslagers Buchenwald wurde einer Gruppe amerikanischer Journalisten, die gegenwärtig unter sowjetischer Begleitung die sowjetische Besatzungszone bereist, von den Sowjets verboten. — Die sowjetischen Beamten erklärten den Reportern das Lager sei eine „militärische Einrichtung“, in der jetzt Sowjettruppen untergebracht seien. Von den Journalisten befragte Weimarer Einwohner berichteten jedoch, daß sich in den einzelnen Abteilungen des Lagers politische Gefangene befinden, die von den Sowjets zurückgehalten würden.

Wirtschaftsrat löst Reichsnährstand auf

Schlange-Schönungen für Einkauf hochwertiger Nahrungsmittel vom Ausland

Frankfurt, 22. Jan. (Dena.) Der Wirtschaftsrat nahm in seiner Mittwoch Sitzung das Gesetz zur Auflösung des Reichsnährstandes und das Gesetz über die Errichtung eines statistischen Amtes für das Zweizonengebiet an und verfügte eine vorübergehende Streichung der Butterration der Selbstversorger.

Im Mittelpunkt der Sitzung stand eine Erklärung des Direktors der Verwaltung für Ernährung, Dr. Hans Schönung, der die Besatzungsmächte unter Hinweis auf die schwere Ernährungslage bei der Bizonen den Einkauf hochwertiger Nahrungsmittel in den Nachbarländern Deutschlands zu gestatten. Das deutsche Volk sei bereit, die erforderlichen Mittel zur Bezahlung dieser teuren Nahrungsmittel in harter Arbeit aufzubringen. „Ich weiß nicht, wie wir die nächsten drei Monate überstehen sollen“, sagte Dr. Schlange-Schönungen. Die Ruhe an der Ruhr werde vielleicht den Frieden der Welt erhalten können. Der Ernährungsdirektor sprach sich für die Aufstellung einer gewissen Polizeimacht in jedem Landkreis und für den Aufbau eines großen starken Bauernverbandes aus. Er schloß mit dem Hinweis, die kommende Generation müsse sagen können, daß in diesen Monaten trotz ungeheurer Schwierigkeiten der Grundstein eines neuen Deutschlands gelegt wurde.

Bevin rechtfertigt Englands Außenpolitik

Gegen Aufteilung Deutschlands — Die Zeit für Zusammenschluß Westeuropas ist gekommen

London, 22. Jan. (Dena-Reuters.) Außenminister Bevin gab am Donnerstag im Unterhaus eine eingehende Schilderung der Außenpolitik der Regierung. Er behandelte im einzelnen folgende Punkte: Zur Haltung gegenüber der Sowjetunion bemerkte der Minister, es sei die Politik der Sowjetunion, alle in ihrer Macht stehenden Mittel anzuwenden, um Osteuropa unter kommunistischen Einfluß zu bekommen — wie es jetzt scheint, den Westen ebenfalls. Wir haben beobachtet, wie das Spiel in Polen, Bulgarien, Ungarn und vor noch kürzere Zeit — in Rumänien getrieben wurde. Wie wir aus den in unserem Besitz befindlichen Informationen ersehen können, besteht die Möglichkeit, daß weitere Versuche dieser Art auch anderswo unternommen werden. „Die Vereinigten Nationen sind auf dem Balkan von den Nachbarn Griechenlands eingeschlossen worden. Es besteht die sehr ernste Gefahr, daß sie und ihre sowjetischen Aspirationen hieraus eine große Affäre machen werden. Ich möchte — in aller Feindschaft — zu großer Vorsicht raten. Derartige Provokationen führen manchmal zu schwerwiegenden Entwicklungen. Wenn eine Politik betrieben wird, Europa durch irgend eine Macht mit irgendwelchen Mitteln direkt oder indirekt zu beherrschen, dann sind wir zu dem Schluß gezwungen, daß dies unvermeidlich wieder zu einem neuen Weltkrieg führen wird. Ich hoffe, dieser Gedanke wird von uns allen zurückgewiesen werden.“

Die britische Regierung kann sich nicht mit einer Viermächte-Zusammenarbeit einverstanden erklären, solange eine dieser vier Mächte fortführt, ihr politisches und wirtschaftliches System den kleineren Staaten aufzuzwingen. Die britische Regierung wird die kleineren Mächte nicht als ein politisches Instrument benutzen, um Spannungen unter den Großmächten hervorzurufen. Ich habe mich bisher immer für eine weitestmögliche

Auffassung des Begriffs Europa ausgesprochen, wobei natürlich die Sowjetunion einbezogen ist. Nichts, was die britische Regierung zur Zeit unternimmt, wird gegen die Sowjetunion oder irgend ein anderes Land gerichtet sein, aber wir haben das Recht, im Westen Gleichgewichte um uns zu scharen, ebenso wie die Sowjets Gleichgewichte im Osten um sich geschart haben.

Die britische Regierung ist von jeder der Ansicht gewesen, daß eine Aufteilung Deutschlands unvermeidlich eine irredentistische Bewegung auslösen wird, die nicht das Wiedererleben eines friedlichen Deutschlands, sondern eines kriegerischen Geistes zur Folge hat. Aus diesem Grund sind wir gegen eine Aufteilung gewesen.“

Ich glaube, daß die Zeit für einen Zusammenschluß Westeuropas gekommen ist. Wir schlagen jetzt keine formelle politische Einheit mit Frank-

reich vor. Aber die Zeit ist gekommen, um Mittel und Wege für den Ausbau unserer Beziehungen zu den Benelux-Ländern (Belgien, Holland und Luxemburg) zu finden. Wir werden mit diesen Ländern in enger Zusammenarbeit mit unseren französischen Alliierten Verhandlungen beginnen. Ich hoffe, daß mit den Benelux-Ländern Verträge unterzeichnet werden, die gemeinsam mit unserem Bündnisvertrag mit Frankreich einen wesentlichen Kern Westeuropas ausmachen werden. Wir werden andere historische europäische Länder — unter ihnen das neue Italien — in diesen groß angelegten Plan mit einbeziehen müssen. Diese westeuropäischen Länder könnten ihre überseeischen Gebiete auf eine Weise ausbauen, die äußerst wirksam und anhaltende Resultate für die Welt zeitigen würde. Diese gewaltige Zusammenarbeit würde sich durch Europa, den nahen Osten und Afrika bis zum Fernen Osten erstrecken.

„Einigung Europas unbedingt notwendig“

Große gemeinsame Anstrengung zur Rettung der westlichen Zivilisation

Atlanta, Georgia, 22. Jan. (Dena-Reuters.) Der amerikanische Außenminister George C. Marshall erklärte, zum endgültigen Erfolg des Europahilfsprogramms sei „unbedingt notwendig, daß die vierzehn am Marshall-Plan beteiligten europäischen Nationen weiterhin auf die Einigung Europas hinarbeiten. Sein Plan, sagte Marshall, sei eine große gemeinsame Anstrengung zur Rettung der westlichen Zivilisation. Wenn diese gemeinsame Anstrengung geleistet wird, die einmütige Aktion von 41 Millionen Amerikanern und Westeuropäern, die von der gleichen Absicht erfüllt sind — dann habe ich volles Vertrauen auf die Fähigkeit der westlichen Zivilisation, weiterzuleben und zu gedeihen.“

„Abkommen zwischen den Vereinigten Staaten und den jeweiligen Empfängerstaaten seien ins Auge gefaßt“, erklärte Marshall, um das Vertrauen in die Landeswährungen wieder herzustellen und den freien Fluß von Waren, Geld und Arbeit über die Landesgrenzen hinaus zu ermöglichen. Diese Bedingungen, so betonte der Außenminister, werden keine Einmischung in die europäischen Rechte bedeuten. Sie werden nur den wirkungs-

vollsten Gebrauch der vereinigten Hilfsquellen sicherstellen. Die Bevölkerung Europas würde am meisten darunter leiden, wenn es zu einer Verdrängung oder einem Mißbrauch der begrenzten Summen kommen sollte, die die amerikanische Wirtschaft zur Verfügung stellen könne.“

Marshall erklärte, „mächtige Kräfte“ versuchten, Westeuropa zu bewegen, ein politisches System anzunehmen, das die Aufgabe seiner Freiheiten zur Folge hätte. „Wir sollten uns nicht soweit selbst betrogen, anzunehmen, daß die Grundätze der individuellen Freiheit und einer wahrhaft volksvertretenden Regierung gesichert sein werden, wenn wir ihre einzigen Verfechter sind. Wir sind eine starke Nation, aber wir können nicht für uns allein leben, und stark bleiben. Wir brauchen Freunde und besonders solche, die unsere Anschauungen über die Gesellschaftsstruktur und die Wichtigkeit des Einzelwesens teilen. Die Sache der Freiheit kann nicht zu viele Verteidiger haben, und ihre Verteidiger müssen sich eng zusammenschließen, denn ihre gemeinsamen Anstrengungen und nicht nur die Bemühungen jedes Einzelnen sind erforderlich, wenn dieser Sache erfolgreich gedient sein soll.“

Welt-Rundschau

NEW YORK (Dena-Reuters.) Die Negertin Claudia Jones, Schriftleiterin und Sekretärin des Landes-Franzosenbundes der amerikanischen kommunistischen Partei, ist auf Grund eines Ausweisungsbefehls verhaftet worden. Sie wird beschuldigt, sich unzureichend als Ausländerin in den USA auszuhalten und für einen gewaltsamen Sturz der Regierung zu agitieren.

NEW YORK (Dena-INS.) Der amerikanische Expatrierte Herbert Hoover erklärte, er sei gegen die Demontage deutscher Fabriken, die die Inflation in den Vereinigten Staaten fördern und den „Marshall-Plan sabotieren“.

WASHINGTON (Dena-INS.) John Foster Dulles, der außenpolitische Sachverständige der Republikaner, erklärte, die Sowjetunion werde sich „ganze Europa beschließen“, wenn die europäischen Demokratien nicht durch den Marshall-Plan unterstützt würden.

SANTIAGO DE CHILE (Dena-INS.) Die Leiche von 25 Passagieren des auf dem Rio Imperial in Südküste gekenterten Passagierschiffes „Santa Europa“ wurde heute in Chile gefunden. Der sich unter der Überführung befindende Kapitän des Schiffes wurde unter der Beschuldigung, den Dampfer überladen zu haben, verhaftet.

LONDON (Dena-Reuters.) Generalissimo Salas wählte am Mittwochabend laut Moskauer Rundfunk eine Lenin-Gedenkfeier in der Moskauer Oper bei und erwiderte damit zum ersten Mal wieder in der Öffentlichkeit, nachdem Anfang Januar berichtet wurde, er sei krank.

LONDON (Dena-Reuters.) Finland wird voraussichtlich in das weitgespannte sowjetische Verteidigungssystem der Militärallianzen gezwungen werden, behauptete der Helsinki-Korrespondent des „Daily Telegraph“.

Clay über kommunistische Taktik

Washington, 22. Jan. (Dena-Ins.) General Lucius D. Clay erklärte nach seiner Ankunft auf Deutschland, die Kommunisten hätten in Westdeutschland den Lebensmittelmangel gründlich ausgenutzt.

Clay erklärte weiter, er würde sich für eine Erhöhung der Lebensmittelzufuhr einsetzen. „Wir müssen besonders im Ruhrgebiet und anderen Industriebezirken für eine Besserung der Ernährungslage sorgen, wenn wir den von den Kommunisten inspirierten Demonstrationen und Streiks begegnen wollen.“ Die Taktik der Kommunisten würde ihn nicht beunruhigen. „Ich schätze sie nicht und bin der Ansicht, daß Maßnahmen gegen sie ergriffen werden sollten.“

Er hoffe, erklärte Clay weiter, vor dem Bewältigungsausschuß des Senates auf die Zweckmäßigkeit erhöhter Lebensmittelzufuhr aus den Vereinigten Staaten hinweisen zu können und sagte: „Je mehr wir dem deutschen Arbeiter zu essen geben können, um so bessere Erzeugnisse wird er uns liefern und um so eher werden wir Deutschland einer gesunden Wirtschaftslage entgegenführen können.“

Neuer Lebensmittel-Rationierungsplan

Lebensmitteleinfuhren sollen Differenz zwischen Ablieferungssoll und dem Bedarf ausgleichen

Frankfurt, 22. Jan. (Dena.) Ein neuer Lebensmittelrationierungsplan der Bizonen für die Zeit vom 1. Februar bis 30. Juni 1948 wurde von der Verwaltung für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten nach Billigung durch das Zweimächte-Kontrollamt und mit Zustimmung des Exekutivrates bekanntgegeben. Nach diesem Plan werden die Rationen in den einzelnen Ländern aus der einheimischen Erzeugung, aus übergebliebenen Lieferungen und Importen bestritten. Die einzelnen Länder erhalten zur Aufrechterhaltung der Nationen Zuschüsse aus den Lebensmitteleinfuhren nur in dem Umfang, der erforderlich ist, um die Differenz zwischen den festgesetzten einheimischen Ablieferungsverpflichtungen u. dem wirklichen Bedarf auszugleichen.

In den einzelnen Ländern soll sich die Normalverbraucher - Brot - Ration für Erwachsene ab 1. Februar wie folgt gestalten: Bayern 1500 Gramm, Württemberg-Baden und Hessen 1000 Gramm, Hamburg und Bremen 900 Gramm, Schleswig-Holstein und Niedersachsen 800 Gramm, Nordrhein-Westfalen 700 Gramm und „Sonderversorgung West“ (NRW mit Ruhrgebiet) 600 Gramm.

Fett und Zucker: Sofern für das erste Halbjahr 1948 die auf 25 000 t angesetzten Einfuhren an Rohfett, die etwa 20 000 Tonnen handelsüblichem Fett entsprechen, nicht voll eintreffen, wird an Stelle von Fett die doppelte Menge Zucker ausgegeben.

Fleisch: Die Ausgabe der Fleischration in den Ländern der Bizonen wird von der strikten Befolgung des Fleischverordnungsplanes für 1948 abhängig gemacht. Länder, die ihren planmäßigen übergebliebenen Lieferungsverpflichtungen nicht nachkommen, wird durch entsprechende Kürzungen der Fleischanteile ein Ausgleich aufgelegt. Übergebliebene Lieferungen sollen in den betroffenen Ländern durch Fleischlieferungen im Verhältnis 1:1,2 ersetzt werden. In der III. Zuteilungsperiode werden nach den Richtlinien der Zweizonenverwaltung die Fettationen in der Bizonen zur Hälfte als Fett ausgegeben und zur anderen Hälfte durch die doppelte Menge Zucker ausgeglichen. Nicht erfüllte übergebliebene Fettlieferungen sollen durch entsprechende Kürzung der

Roßzucker - Einfuhranteile ausgeglichen werden.

Die Zuckerration (Weißzucker und Rohzucker) wird in der III. Zuteilungsperiode auf 1000 Gramm erhöht, sofern nicht zum innergebliebenen Ausgleich für andere Lebensmittel Zucker in Anspruch genommen werden muß. Falls im III. Versorgungsabschnitt Rohzucker nicht oder nicht in ausreichender Menge vorhanden ist, werden die Weißzuckerbestände der Bizonen angegriffen, die später wieder durch Rohzucker ersetzt werden. Die Zuckerration der Vollbevölkerung beträgt wie bisher 500 Gramm.

Württemberg-Baden, Hamburg und Nordrhein-Westfalen erhalten auf Grund des Ausgleichsplanes an Stelle der ausgebliebenen übergebliebenen Kartoffellieferungen Zucker und Mehl, das im Verhältnis 1:3 und Rohzucker im Verhältnis 1:6 an Stelle von Kartoffeln ausgegeben wird. Ein Ausgleich der innergebliebenen nicht erfüllten Lieferungen wird den Ländern selbst überlassen.

Frankfurt, 22. Jan. (Dena.) Das Zweimächte-Kontrollamt hat nach Mitteilung vom Donnerstag die Freigabe von 2000 Tonnen importiertem Fett für die III. Zuteilungsperiode zugestimmt. Von dieser Menge soll die Hälfte sofort für das Ruhrgebiet freigegeben werden. Der Rest werde ausreichen, um fünfzig Prozent der Fettanteile in den anderen Ländern der Bizonen zu decken. An Stelle der übrigen Fettmenge werde Zucker im Verhältnis 2:1 ausgegeben.

Die Unordnung auf dem Baumarkt

Wirtschaftsminister plädiert für Sozialisierung des Ruhrbergbaus

Stuttgart, 21. Jan. (Eig. Ber.) Aus der Bearbeitung einer großen Anfrage des Abg. Dr. Brandenburg (DVP) über Maßnahmen zur Vorbereitung des Wohnungsbaus- und Reparaturprogramms der zerstörten Städte ergab sich in der 68. Sitzung des württembergisch-badischen Landtages eine mehrstündige Debatte, in der neben Sprechern der Fraktionen auch Wirtschaftsminister Dr. Veit und Innenminister Ulrich zum Thema eintrifften. In Erwiderung auf die resultierende Feststellung Dr. Brandenburgs, daß im Jahre 1947 die Kontrolle über den Baumarkt den legalisierten Behörden fast völlig entglitten sei, und damit unter unfreiwilligen Koncessionen an den schwarzen Markt jegliche staatliche und städtische Planung in Frage gestellt wurde, erklärte Minister Veit, daß es bisher nicht möglich gewesen sei, einzelne Vorschläge zu einem sozialen Wohnbauprogramm zu realisieren, da die Voraussetzung jeder Verbesserung, eine erhöhte Kohlenzufuhr an die Industrie, nicht gegeben sei. Letztere erfolge ausschließlich nach Maßgabe der bizonalen Wirtschaftsbehörden. Unter den gegenwärtigen Bedingungen sei anzunehmen, daß die diesjährige Produktion der Baustoffindustrie jener von 1947 entsprechen werde. Etwas günstigere Prognosen seien im Jahre 1948 für die Eisenwirtschaft und die Produktion von sanitären Instal-

lationen zu stellen. Die Deckung des Möbelbedarfs von ca. 2 Millionen Stück würde bei der augenblicklichen Leistungskapazität der betreffenden Industrie einige Jahrzehnte beanspruchen.

Innenminister Ulrich warnte davor, die Bevölkerung über den wahren Zustand unserer Notlage hinwegzutäuschen. Für eine menschenwürdige Unterbringung unserer Bevölkerung seien zweifelhafte Jahrzehnte anstrengender Arbeit notwendig. Allein die Errichtung von 257 000 Neubawohnungen sei erforderlich. Dennoch verdiene die Tatsache Anerkennung, daß mit den spärlichen Mitteln bereits über 200 000 beschädigte Räume restauriert worden seien. Auch der Innenminister erklärte, ein freies Spiel der Kräfte gerade auf dem Gebiete des Baustoffmarktes für unmöglich und plädierte für eine straffe Bewirtschaftung. Nachdem Abg. Pöhler (SPD) zu einem Antrag seiner Fraktion Stellung nahm, in dem u. a. die restlose Erfassung der Baustoffe und Installationsmaterialien an der Produktionsquelle gefordert wird, und er in scharfen Worten die Kompensationsgeschäfte als das Resultat des Egoismus gewisser Kreise und der brüderlichen Moral eines Teils der Wirtschaft bezeichnete, konkretisierte Abg. Dr. Brandenburg (DVP) nochmals seinen Standpunkt mit den Worten: „Der Regel ist dort vorzuschieben, wo der Schlüssel zur

Produktion zu suchen ist, im Ruhrgebiet!“ Dieser Auffassung schloß sich auch Wirtschaftsminister Dr. Veit an, der die Debatte mit der Erklärung schloß, daß nur mit einer Maßnahme dem Kompensationsystem entgegengestritten werden könne: Mit Übernahme der ausschließlichen Kontrolle und Verstaatlichung des Bergbaus durch deutsche Behörden. Der erwähnte SPD-Antrag zur Förderung des Wohnungsbaus und Reparaturprogramms sowie ein KPD-Antrag, der die restlose Beschlagnahme der illegalen Produktion des Baustoffmarktes forderte, wurden zur Beratung an den Wirtschafts- und Verkehrsausschuß übergeben.

Anschließend nahm das Haus in zweiter und dritter Lesung den Entwurf eines Gesetzes über Zuständigkeiten und Verfahren in der Sozialversicherung an, durch welches die Aufgaben des früheren Reichsversicherungsamtes als oberste Spruch-, Beschluß- und Überwachungsbehörde auf dem Gebiet der Sozialversicherung künftig das Landesversicherungsamt Württemberg-Baden übernehmen soll. Nach Behandlung eines Entwurfs zur Änderung des Gesetzes über Leistungen an Körperbeschädigte und Ueberweisung eines KPD-Antrages zur Ueberführung des Gipswerkes Schöle (Stuttgart-Unterföhring) in Gemeingehaltum an die zustehenden Ausschüsse vertagte sich das Haus auf Mittwoch, 23. Januar. — 42.

Textil-Importe für Kinder der Bizonen

Aus Rohstoffen für 45 Millionen Dollar werden Kleidungsstücke

Frankfurt, 22. Jan. (Dena.) Durch die Einfuhr von Rohstoffen im Werte von 45 Millionen Dollar soll in der Bizonen in den nächsten zwei Jahren die Versorgung von mehr als 6% Millionen deutscher Kinder im Alter bis zu 15 Jahren mit Kleidungsstücken sichergestellt werden, geht aus einem von der Verwaltung für Wirtschaft ausgearbeiteten Plan hervor, der von der Zweimächtegruppe für Handel und Industrie genehmigt wurde. Die Hälfte der einzuführenden Rohmaterialien, die aus 10 Jahren der vereinigten Export-Importagentur (JELA) bezahlt werden, sollen nach dem Programm im 1. Quartal 1948 im Ausland eingekauft

werden. Es handelt sich dabei um Wolle im Werte von 18,3 Millionen Dollar, Baumwolle für 16,3 Millionen Dollar und Textilabfälle (Lumpen) im Werte von 1,2 Millionen Dollar. Die aus diesen Rohmaterialien hergestellten Fertigwaren werden ungefähr den fünffachen Wert der Einfuhren haben. Um eine ordnungsgemäße Verteilung der Fertigwaren zu gewährleisten, sollen nach dem Programm Textilartikeln nach drei Altersgruppen, geordnet für Kinder bis zu 15 Jahren ausgegeben werden. Für alle drei Altersgruppen werden ferner insgesamt 18,1 Mill. Taschentücher sowie 2,75 Tonnen Strickwolle hergestellt.

Süddeutsche Allgemeine

Veröffentlicht unter Lizenz Nr. US-WB 111. Herausgeber Dr. J. Peter Brandenburg (Verlagsleitung) und Felix Richter (Chefredaktion). Verlag: „Süddeutsche Allgemeine“ Pforzheim, Telefon 2801 und 2802. Druck: Badische Presse, Karlsruhe, Waldstr. 24.

Gesetz ohne Resonanz

L.B. Noch immer findet die Demokratie in Deutschland außerordentlich geringe Anerkennung. Dies ist zweifellos im wesentlichen darauf zurückzuführen, daß seine beauftragten staatlichen und politischen Organe nicht Instanz sind, den erlassenen Gesetzen Resonanz und Geltung zu verschaffen. Das Leben des deutschen Volkes wird heute von einem Wust von Gesetzen geleitet, und doch scheint das deutsche Leben das gesetzloseste dieser Zeit. Neben siebzehn Parlamenten und Bürgerschaften erlassen vier Militärregierungen, ein Kontrollrat, mehrere Zoneninstitutionen, Zentralverwaltungen und zahlreiche Kreis- und Gemeindeparlamente Verordnungen und Gesetze in einer solchen Unzahl, daß man zu der Annahme berechtigt sein dürfte, in ihrem Schutz führten die Deutschen das geordnetste und geregeltste Leben überhaupt.

Das Gegenteil ist der Fall. Ob es sich um die Erfassung von Nahrungsmitteln, um die Entnazifizierung, um die Gleichstellung von Flüchtlingen, um die Produktion und Verteilung der Bodenerzeugnisse, um die Rechtsprechung, um Löhne und Preise handelt, auf allen Gebieten werden die Bestimmungen, Verordnungen und Gesetze umgangen und nur der kleinste Teil unseres Volkes fühlt die Verpflichtung, sie zu beachten. In den Landtagen werden die Gesetze mit Eifer diskutiert, umstritten und verabschiedet, man hat aber den Eindruck, als verfolgten die, für welche die Gesetze beschlossen werden, diese Vorgänge wie Szenen eines Films, dem zuzusehen manchmal belustigt, meistens aber langweilig ist. Mit großem Ernst und wahrscheinlich mit der festen Überzeugung, das Bestreben für das Volk zu tun, werden die Gesetze formuliert, bekämpft und schließlich rechtskräftig — aber dann geschieht nichts mehr. Zu Beginn der Ernte beschlagnahmte der Wirtschaftsrat der beiden Zonen zum Beispiel sämtliche noch im Boden befindlichen und schon geernteten Kartoffeln, es war jedoch eine überall festzustellende Tatsache, daß deshalb nicht weniger Kartoffeln privat „beschafft“ wurden.

Die Bemühungen der ehrlichen Demokraten und der politisch Verantwortlichen werden mehr und mehr lächerlich, wenn es nicht gelingt, der Demokratie und ihren Gesetzen die gebührende Achtung zu verschaffen. Es schadet dem Ruf der Demokratie nichts, wenn sie endlich etwas kräftiger und nachdrücklicher auftritt. Sie wird die Anerkennung des deutschen Volkes gewinnen, sobald man zu der Überzeugung gelangt, auch in einer Demokratie verstehe man es, ernst zu machen. Es ist eine der dringendsten Forderungen unserer Tage, diejenigen Organe, die zentrale Befugnisse erhalten haben, zu befähigen, sie auch mit zentralen Mitteln wirkungsvoll durchzuführen. Man sollte illusionslos genug sein, um zu erkennen, daß

auch eine Verdoppelung der Mitglieder des Wirtschaftsrates kaum eine größere Wirkung erzielen wird, wenn nicht zugleich die Exekutivorgane machtvoller ausgestaltet werden. Ebenso wird es sich darum handeln, dem Wirtschaftsrat bei seiner Neubildung diejenige politische Zusammensetzung zu geben, die wirklich dem Willen des Volkes entspricht.

Vom Erhabenen zum Lächerlichen ist oft nur ein kleiner Schritt. Die Demokratie in Deutschland ist im Begriffe, diesen Schritt zu vollenden. Das Verlangen nach einem Wandel ist kein Ruf nach dem starken Manne, es ist aber der Ruf nach Gesetzen, die auch tatsächlich befolgt werden. Wer beobachtet hat, wie man den Willen unserer demokratischen Bemühungen mit resignierter oder ironischer Bewegtheit abtut, wird bestätigen müssen, daß man endlich unbelümmert daran gehen sollte, die Staatsgewalt so zu stärken, daß die durch das Volk beschlossenen Gesetze auch im Volke Resonanz bekommen.

Das Balkan-Imperium

In den letzten Wochen und Tagen ist jenseits des „Eisernen Vorhangs“ eine rege politische Aktivität entfaltet worden. Neuerdings wird der Besuch des bulgarischen Ministerpräsidenten Dimitroff in Bukarest und die Ankunft einer Abordnung des polnischen Kabinetts in Moskau gemeldet, nachdem vorher eingehende Beratungen zwischen Marschall Tito mit Dimitroff und Peru Gross sowie mit dem albanischen Ministerpräsidenten Enver Hoxa stattgefunden haben.

All diese Besuche und Besprechungen dürften im Zusammenhang mit dem Plan der Sowjetunion stehen, einen Balkan- bzw. osteuropäischen Staatenblock zu schaffen. Dieser Plan ist nicht neu und auch nicht original. Um seine Verwirklichung bemühte sich das Osmanische Reich ebenso wie die Habsburger Monarchie.

Den Kern des neuen Staatsgebildes auf kommunistischer Grundlage dürfte Jugoslawien bilden, dessen Verfassung sich eng an das sowjetische Vorbild hält. Marschall Tito dürfte auch ausserhalb der Balkanzone zum Beispiel sämtliche noch im Boden befindlichen und schon geernteten Kartoffeln, es war jedoch eine überall festzustellende Tatsache, daß deshalb nicht weniger Kartoffeln privat „beschafft“ wurden.

Die Bemühungen der ehrlichen Demokraten und der politisch Verantwortlichen werden mehr und mehr lächerlich, wenn es nicht gelingt, der Demokratie und ihren Gesetzen die gebührende Achtung zu verschaffen. Es schadet dem Ruf der Demokratie nichts, wenn sie endlich etwas kräftiger und nachdrücklicher auftritt. Sie wird die Anerkennung des deutschen Volkes gewinnen, sobald man zu der Überzeugung gelangt, auch in einer Demokratie verstehe man es, ernst zu machen. Es ist eine der dringendsten Forderungen unserer Tage, diejenigen Organe, die zentrale Befugnisse erhalten haben, zu befähigen, sie auch mit zentralen Mitteln wirkungsvoll durchzuführen. Man sollte illusionslos genug sein, um zu erkennen, daß

Die deutsch-sowjetischen Beziehungen 1939 bis 1941

Washington, 22. Jan. (Denn-Reuter). Das amerikanische Außenministerium veröffentlichte die Dokumente des deutschen Außenministeriums über die deutsch-sowjetischen Beziehungen von 1939 bis zum 21. Juni 1941. Unter den Dokumenten befinden sich die Aufzeichnungen der Konferenzen zwischen Hitler und Molotow über die Aufteilung der Welt in sowjetische, deutsche, italienische und japanische Einflusssphären und der Debatten über die „Teilung des britischen Empires“.

In einem Entwurf für ein entsprechendes Abkommen wurde zwischen dem sowjetischen Außenminister und Hitler über die sowjetischen territorialen Aspirationen „südlich der Sowjetunion in Richtung des Indischen Ozean“ Übereinstimmung erzielt. Aus diesem Grunde (sowohl nie ein Abkommen unterzeichnet wurde) forderte Molotow die zusätzliche Anerkennung des Gebietes südlich von Batum und Baku, in der allgemeinen Richtung nach dem persischen Golf zu, als wichtigen sowjetischen Anspruch.

Das amerikanische Außenministerium gibt keine weiteren Erklärungen über die Veröffentlichung dieser Dokumente ab. Das britische und das amerikanische Außenministerium hatten beschlossen, gemeinsam alle in deutschen Archiven gefundenen Dokumente in chronologischer Reihenfolge der einzelnen Ereignisse zu veröffentlichen. Der Veröffentlichung der Dokumente, die ohne britische Mitarbeit erfolgte, messen Beobachter im Augenblick eine besondere diplomatische Bedeutung zu, zumal die Akten bisher geheim gehalten wurden, um die Sowjetunion nicht zu verletzen. Ein großer Teil des in den Dokumenten niedergeliegten Tatsachennaterials wurde bereits vorher in der einen oder anderen Form veröffentlicht, teils in Berichten alliiertem Korrespondenten aus Deutschland, teils in dem Buch des ehemaligen amerikanischen Außenministers James F. Byrnes „Offen gesagt“. Unter den veröffentlichten Dokumenten befindet sich ein geheimes Zusatzprotokoll zu dem deutsch-sowjetischen Nichtangriffspakt vom August 1939, durch das die Nordgrenze Litauens als Grenze zwischen

dem deutschen und sowjetischen Einflusssphäre festgelegt wurde. Dieses Zusatzprotokoll bestimmte ferner, daß die Frage der politischen Unabhängigkeit einem späteren Zeitpunkt durch ein freundschaftliches Übereinkommen geregelt werden soll, während Deutschland erklärte, daß es an Südosteuropas politisch nicht interessiert sei. Durch ein weiteres Protokoll zum Nichtangriffspakt und Freundschaftspakt von 1939 wurde Litauen der sowjetischen Einflusssphäre unterstellt.

In den deutschen Archiven wurde ferner ein Abkommen gefunden, in dem sich Deutschland und die Sowjetunion verpflichteten, jede politische Agitation gegen eine der beiden Mächte in den von ihnen besetzten Gebieten Polens zu unterdrücken. Ebenfalls sind in den Dokumenten die Aufzeichnungen über Hitlers Besprechung mit den Vertretern sämtlicher ehemaligen Achsenmächte einschliesslich Japan enthalten, soweit sie die deutsch-sowjetischen Beziehungen betreffen.

In einem Bericht über die Unterredung Hitlers mit dem japanischen Außenminister Matsuzaki vom 27. März 1941 heißt es: „Der Führer gab dann seiner Überzeugung Ausdruck, daß England bereits den Krieg verloren habe. Dies zuzugeben sei lediglich eine Frage der Intelligenz.“ Unter den deutschen Akten befindet sich auch eine Erklärung des jetzt im „Wilhelmstrassen-Prozess“ in Nürnberg angeklagten damaligen Staatssekretärs im deutschen Außenministerium, Baron Ernst von Weizsäcker, der im April 1941 darauf aufmerksam machte, daß ein Krieg mit der Sowjetunion, Großbritannien erneut moralisch stärken würde. Ein deutscher Vorstoß auch auf Moskau und darüber hinaus werde nicht den Frieden bringen, sondern vielmehr den Krieg verlängern und die wirtschaftlichen Vorteile, welche Deutschland damals durch die Lieferungen der Sowjetunion hatte, zunichte machen. Ich kann meine Meinung über einen deutsch-sowjetischen Krieg, so führt Weizsäcker damals aus, „in einem Satz zusammenfassen“. Wenn jeder die russische Stadt für uns so wertvoll ist, wie ein gesunkenes britisches Kriegs-

schiff, so muß ich einen deutsch-sowjetischen Krieg in diesem Sommer befürworten, aber ich glaube, wir würden lediglich im militärischen Sinne die Sowjetunion besiegen, wirtschaftlich gesehen, jedoch verlieren.“ Die deutschen Versuche, die Sowjetunion zu einer Teilnahme an dem Dreimächtepakt zu veranlassen, erreichten ihren Höhepunkt, als Außenminister Molotow im November 1940 Berlin besuchte. Hitler teilte damals Molotow, die unmittelbar bevorstehende Niederlage Großbritanniens mit und versuchte ein Bündnis zwischen Deutschland, der Sowjetunion, Italien und Japan zu schaffen.

In dem Geheimabkommen über die osteuropäischen Fragen wünschte Deutschland lediglich die Rückübertragung seiner ehemaligen Gebiete in Afrika, die italienischen Ansprüche in Ostafrika, die japanischen auf Ostasien hin. Es wurde ferner beschlossen, die Türkei von ihren Verbindungen mit den Alliierten zu lösen und ein Abkommen mit ihr zu erreichen, in welchem der Vertrag von Montreux durch einen Vertrag ersetzt wird, der der Sowjetunion die ungehinderte Durchfahrt durch die Dardanellen gestattet. Molotow erklärte seine Zustimmung zu diesem Abkommen unter der Bedingung, daß die deutschen Truppen sofort aus Finnland zurückgezogen würden und Deutschland einen gegenseitigen Bestandspakt mit Bulgarien abschliesse. Ferner sollte Japan seine Ansprüche auf die Kohlen- und Ölkonzessionen in Nordasien aufgeben.

Dieses Abkommen wurde jedoch niemals unterzeichnet, und kaum einen Monat später erließ Hitler aus seinem Hauptquartier in den Generalstab den Befehl zur Ausarbeitung des „Unternehmens Barbarossa“, das mit den Worten begann: „Die deutsche Wehrmacht muß darauf vorbereitet werden, die Sowjetunion noch vor der Beendigung des Krieges mit England in einen schnellen Feldzug niederzuwerfen.“ Bereits die folgenden Wochen brachten häufige sowjetische Berichte über deutschen Truppenkonzentrationen in Bulgarien und Rumänien.

Deutschland-Rundschau

Verleitet Westwärts
Staatsrat (Denn). Der „Verleiher des württembergischen Verwaltungsbeamten“, der 1937 aufsteigt wurde, ist von der amerikanischen Militärregierung für Württemberg-Baden im Landkreis Württemberg wieder zu einer Stelle ernannt.

München (Denn). Das bayrische Staatsministerium des Innern und das Wirtschaftsministerium erziehen die bayrischen Staats- und Gemeindeführer mit einem Politi in einer gemeinsamen Entscheidung über die politische Verantwortung, scharfer Kontrolle der Schlamm- und Lügenströme anzuhalten und jeden Versuch gegen die Bewirtschaftung und Preisverhältnisse abzuwehren.

München (Denn). Auch die vorwiegend von der Schwäbe zusammengekommenen Versuche, die Kreisverbände in der DUESER Ebene gebildet zu werden, sind abzuwehren, teils der evangelische Presbiterat mit, weder die Sendungen der Internationalen Roten Kreuzes noch die des Weltkirchenrats konnten an der Gegendang abgelehnt werden.

Nürnberg (Denn). Ein Bombenterrorist auf das Grandhotel in Nürnberg, das von amerikanischen Besatzungstruppen besetzt ist, wurde nach Ansicht der US-Untersuchung des Falls durch einen internationalen Anwalt in Nürnberg „bestenfalls“ durch eine organisierte Kassa beschuldigt. Die Besatzung hat sich den über die Täter seinen Doms-Berichter gegenüber als „Krawallmacher“.

Nürnberg (Denn). Nach vier Jahren brachte es Nürnberg, Neben vier Jahre brachte es die Lebensmittelpolitik der amerikanischen Besatzung. Es handelt sich um 382 kg Butter, 149 kg Eier, 1305 kg Nahrungsmittel, 267 kg Zucker, 88 kg Fleisch, 29 kg Kaffee-Ernte, 99 kg Brotzettel und 30 kg Kleinfleisch.

Frankfurt (Denn). Die britische amerikanische Problematis in der auf der Frankfurter Konferenz beschlossenen Umwidlung der Zweimächte wurden vom Zweimächte-

bestrahlend dem Präsidium des Wirtschaftsberaters übergeben.

Düsseldorf (Denn). Das Kölner Straßensystem „Hornbühl“ wurde wieder in den rechten Rheinstadtteil zurück zum Strak seiner Kollegen auf dem linken Rheinufer an, so daß der gesamte Straßenverkehr in Köln ruht.

Frankfurt (Denn). Die in Schönberg im Tannus zu einer Interzonenkonferenz versammelten Arbeitsgemeinschaften von Bolen Kreuz der anglo-amerikanischen Zone Deutschlands spezialisiert in einem Telegramm an die alliierten Regierungen und internationalen Roten Kreuz-Gesellschaften, im Geiste der internationalen Arbeitsgemeinschaften, die schnelle Entlassung deutscher Kriegsgefangener zu erwirken.

Höchstädt (Aisch). Eine Deutsche in Höchstädt hatte wohl die große Freude, wenn die „Kriegsgefangenen“ Landsknecht ordentlich zum Zuhören „bestenfalls“ wurde bei dem noch nicht fagewesen sein wollen Sie am Freitag, 8. Januar 1948 Ihren Redaktor nach hier bescheiden, Zeitpunkt 18 Uhr. Der Artikel Gemeindeführer wird zuweilen sein. Die Unkosten werden Ihnen erstattet, gas. „Kreuz“.

Höchstädt (Aisch). Der Bürgermeister von Niederhörn, der im vergangenen Jahr durch seinen „Hornbühl“ wurde wieder in den rechten Rheinstadtteil zurück zum Strak seiner Kollegen auf dem linken Rheinufer an, so daß der gesamte Straßenverkehr in Köln ruht.

Berlin (Denn). Der amtierende britische Gouverneur von NRW, Brigadier J. A. Bessborough hat für Nordrhein-Westfalen Tagungen des „Volkskongresses“ oder vorbereitende Maßnahmen für solche Tagungen verhalten. Wie es in der Erklärung heißt, stellt der Volkskongress einen bewussten und unverzichtbaren Versuch einer Organisation dar, die Bestimmungen des Besatzung Nr. 13 der Militärregierung zu umgehen, der besagt, daß politische Tätigkeit verboten und oft durchgebrochen werden muß, und daß die Träger dieser Tätigkeit, sowie die von ihnen vertretenen Politik klar erkennbar sein müssen.

Aus dem Kulturleben

Von den Bühnen. Im Kleinen Theater im Frankfurter Zoo inszenierte Fritz Böhm die Uraufführung von Ernst Neuhäuser's bühnenkräftigem Drama „Der Stundenhändler“ mit Hans Mahko in der Hauptrolle. Die Bühnenbilder von Lothar Baumgarten waren eindrucksvoll. — Gottfried von Einem's Oper „Dantons Tod“ ist von mehr als 30 deutschen Bühnen angenommen. Nach der 10. Februar an der Hamburger Staatsoper vorgelesen wurde die Staatsoper Stuttgart, Opernhaus Hannover, an der Bayerischen Staatsoper München und an der Stadtoper Berlin herauskommen. — Dem aus Kasel gebürtigen Komponisten und früheren Operndirektor des Mannheimer Nationaltheaters, Eugen Bodari, der zuletzt in Konstanz wirkte, wurde dort von der französischen Militärregierung wegen früherer Mitgliedschaft bei der NSDAP, die Tätigkeit untersagt. — Hans Schwelckes Kriminalstück „Nebel“, das zuletzt mehrfach über süddeutsche Bühnen ging, ist von Intendant Hansgeorg Sachlich zur norddeutschen Uraufführung am Stadttheater Bremerhaven erworben. Hans Kewenpöck wird das Stück in Szene setzen.

Aus der Gelehrtenwelt. Mit Johannes Haller, dem bedeutenden Tübinger Historiker und Ordinarius für mittlere und neue Geschichte an der Universität Tübingen (von 1913 bis zur Emeritierung 1932) ist einer der bedeutendsten deutschen Geschichtsforscher verstorben. Neben gesammelten Aufsätzen aus seiner Feder stehen epochenmachende, teils mehrbändige Werke über das Papsttum, Epochen der deutschen Geschichte, das Mittelalter, Aera Bülow u. a. — Prof. Dr. Herbert Seifert, der Direktor des Mathematischen Universitäts-Instituts in Heilbronn, erhielt zum Wintersemester 1947/48 eine Einladung als Gast-

Aus Südwürttemberg

Die internierten „Prominenten“

Tab. gen. im Interniertenlager Balingen, das unter deutscher Verwaltung steht, befinden sich gegenwärtig 78 Häftlinge, darunter 13 Frauen. Die Lagerinsassen sind nach dem Grade ihrer Belastung in drei Gruppen eingeteilt. Unter den „Prominenten“ befinden sich der ehem. Ministerpräsident von Württemberg, Prof. Margenthaler, der in der Wächertube mit Strümpfstreifen beschäftigt wird, der emstige Präsident der Reichslinien, Prof. Leinich, der frühere Gauamtsleiter Klott von Stuttgart, sowie 23 Kreisleiter, 33 Kreisamtsleiter, 265 Ortsgruppenleiter und 125 Angehörige der NS. Es ist damit zu rechnen, daß in Kürze etwa 500 Insassen noch einem rechtskräftig gewordenen Spruchkammerbescheid entlassen werden können.

Die ungenügende Hausbrandversorgung

Tübingen. Im Rahmen einer großen Anfrage der SPD-Fraktion im südwürttembergischen Landtag erklärte der Oberbürgermeister von Beutlingen, Aug. Kalbfell, daß eine Wochenproduktion des Ruhrgebietes ausreichen würde, um die Hausbrandversorgung ganz Deutschlands mit Kohle zu ermöglichen. Im Wirtschaftsjahr 1947/48 sollten 13 700 t für das Land zugestellt werden, von denen bisher 8000 t geliefert wurden. Die geringen Mengen minderwertiger Braunkohle aus dem Becken bei Ixau können keine Entlastung der Kohlenversorgung bedeuten; sie gehen ausschließlich an ein einziges Industrieunternehmen. Eine wesentliche Besserung der Brennstofflage in Südwürttemberg/Hohemollern kann nur eintreten, wenn der Stillpunkt aufgegeben wird, die Hausbrandversorgung könne aus dem heimischen Wald bestritten werden, wodurch den Raubbau immer erschwertere und folgeschwerere Ausmaße annimmt.

Der Ungesellige

Von Dr. C. W. Schrempf

Warum ist Schopenhauer beinahe bis an sein Lebendes ein verkanntes Genie geblieben? Warum hat ihn die Mitwelt keiner Beachtung gewürdigt zu einer Zeit, als die Philosophie den Interessen der breitesten Öffentlichkeit gehörte und das von Schopenhauer so gehäßte Dargestimmte Fichte, Schelling und Hegel sich müheles ein großes Publikum gewohnt Offenbar war er nicht bloß der Widerstand der stumpfen Welt, ihre geistige Trägheit und Verstocktheit, die an Schopenhauers Milderheit schuld war. Schopenhauer ist hundertmal klärer, fälliger, vollkommener als seine drei genannten Gegner, aber er war ein so spröder, eigenwilliger, ja gewalttätiger Charakter, daß er dem geistigen Kontakt mit seinen Zeitgenossen von sich aus die denkbar größten Hindernisse in den Weg stellte. Selbst Goethe hat sich nach seiner letzten Unterredung mit ihm ins Tagebuch vermerkt, Schopenhauer sei ein Vielfach verkannter, aber auch schwer zu kennender junger Mann.

Schopenhauer war eine ausgesprochen ungesellige Natur. Von seinem Vater, einem Handelsherrn der freien Stadt Danzig, hatte er jenen Patrierestolz geerbt, der auf dem Bewußtsein des materiellen und geistigen Vorsprungs beruht. Dem früh verstorbenen Vater hat er seitdem eine tiefe Verachtung bewahrt, während er allen übrigen Mitmenschen mit Mißtrauen und Geringschätzung gegenübertrat. Mit der Mutter, deren Vergänglichkeit und Gefallsucht ihn empörte, kam es zum dauernden Zerwürfnis. Mit derselben Rücksichtslosigkeit, mit der er seine Vermögensinteressen vertrat, bestand er auf seinen Ansichten und Grundansätzen. Einen wohlmeynenden Freund, wie den Dichter Ludwig Tieck, stieß er durch seine unerbittliche Schroffheit vor

den Kopf. Als Privatdozent in Berlin legte er seine Vorlesungen genau auf die Stunden, an denen der gelehrte Hegel sein Kolleg abhielt. Die Gewinnung einer Hörerschaft machte er sich auf diese Weise unmöglich und nachdem er dieses zwecklose Manöver zwölf Jahre hindurch mit verhasstem Zorn fortgesetzt hatte, verließ er Berlin und zog sich nach Frankfurt am Main in die Einsamkeit zurück. Hier lebte er völlig zurückgezogen, erfuhr grollend von der Einsetzung seines Hauptwerkes „Die Welt als Wille und Vorstellung“ und wertete mit maßlosem Ingrimm gegen die Kathederphilosophie. Sein einziger offizieller Erfolg war die Preisverleihung seiner Schrift über die Willensfreiheit durch die Universität Drontheim. Als bald darauf die Universität Kopenhagen eine Preisfrage stellte, häufte er in seiner Abhandlung eine solche Flut von Verwünschungen auf den weltberühmten Namen Hegels, daß die dänischen Professoren seine Arbeit entriest zurückwiesen.

Seine Stellung zur Gesellschaft hat Schopenhauer in der Parabel vom Stachelchwein mit galligem Humor und scharfer Selbsterkenntnis beschrieben. „Eine Gesellschaft Stachelchweine drängte sich an einem kalten Wintertage recht nahe zusammen, um durch die gegenseitige Wärme sich vor dem Erfrieren zu schützen. Jedoch bald empfanden sie die gegenseitigen Stacheln, welches sie dann wieder voneinander entfernte. So oft nun das Bedürfnis der Erwärmung sich wieder näher zusammenbrachte wiederholte sich jenes zweite Übel, so daß sie zwischen beiden Leiden hin und her geworfen wurden, bis sie eine mäßige Entfernung voneinander herausgefunden hatten, in der sie es am besten aushalten konnten. — So treibt das Bedürfnis der Gesellschaft, aus der Leere und Monotonie des eigenen Inneren entbrungen, die Menschen zusammen, aber ihre vielen widerwärtigen Eigenschaften und uner-

träglichen Fehler stoßen sie wieder voneinander ab. Die mittlere Entfernung, die sie endlich herausfinden, und bei welcher ein Beisammensein bestehen kann, ist die Höflichkeit und feine Sitte. Dem, der sich nicht in dieser Entfernung hält, ruf man in England zu: keep your distance! — Vermöge derselben wird zwar das Bedürfnis gegenseitiger Erwärmung nur unvollkommen befriedigt, dafür aber der Stich der Stacheln nicht immer empfunden. — Wer jedoch viel wärmer, innere Wärme hat, bleibt lieber aus der Gesellschaft weg, um keine Beschwerden zu geben, noch zu empfangen.“

So blieb er denn der Gesellschaft fern, arbeitete und kämpfte als ein Outlander und verbrachte vierzig Jahre auf seinem einsamen Posten, bis ihm endlich der Triumph, den er sich und seiner Lehre ungeschütterlich vorausgesagt hatte im Greisenalter rutzte wurde. Seine Werke wurden neu aufgelegt, aber sie gingen in die aufhorchende Welt nicht ohne einen harten Tadel an die verpönten Leser. „Nicht den Zeitgenossen, nicht den Landsgenossen, der Menschheit übergebe ich mein nunmehr vollendetes Werk“, beginnt er die Einleitung.

Einer, der sich kein Wort anhehndel 1841, so steht Schopenhauer als ein echter Getriebener vor uns, und wie sehr der Philosoph des Weltwillens die Willensstärke und Charakterfestigkeit für das Entscheidende hielt, sagt es uns in seinem Selbstkenntnis. „Das Höchste, was ein Mensch erreichen kann, ist ein heroischer Lebenslauf.“ Unter Herolimus versteht Schopenhauer das mutige Bekenntnis zur Wahrheit ohne Rücksicht auf persönliche Nachteile, die ihm daraus erwachsen können, versteht er die Selbstbehauptung in einer Position geistiger und gesellschaftlicher Isolierung, in die der gekert, der seine eigene Überzeugung im Widerspruch zum herrschenden Zeitgeist festhalten entschlossen ist.

professor der Universität Princeton. — Zum 30. Todestag des ehemaligen berühmten Heidelberger Klassischen Philologen und Verfassers des weltberühmten Buches über den Lebensakt der Griechen und Unsterblichkeitsglauben, Prof. Erwin Rohde, hat die Stadt Heidelberg an seinem früheren Haus, Erwin-Rohde-Strasse 2, eine Gedenktafel anbringen lassen. — In Northfield, Massachusetts (USA) starb der frühere Dozent der Karlsruher Kunstakademie und bekannte deutsche Maler und Buchillustrator Gustav Wolf im Alter von 80 Jahren. Seine Werke hängen in vielen europäischen Museen. — In Konstanz starb 48-jährig der auch durch seine soziologischen und philosophischen Abhandlungen weltlich bekannte Dozent am dortigen Staatsbautechnikum, Raurat Dr. H. Hardschett, der auch als bedeutender Erfinder im Kraftmaschinenbau galt.

Aus dem Musikleben. In Würzburg, wo er seit 1920 als Professor und Direktor des Musikonservatoriums tätig war, starb im 63. Lebensjahr der aus Frankfurt gebürtige Gelehrter Dr. Hermann Zilcher. Der Verewigte war der einzige Frankfurter, der mit dem Mozart-Stipendium ausgezeichnet wurde. — Freiburg. Im Mittelpunkt des V. Kasseler Synchronkonzerts stand die Kasseler Kräfteführung des Konzertes für Flöte und Kleines Orchester von Harald Genzmer, dem Professor Gustav Schuck. Freiburg als Widmungsritzer und Solist ein genialer Meisterinterpret wurde. —

Mac. Die bei englischen und amerikanischen Namen häufig begegnende Vorname „Mac“, z. B. General MacNairney, ist gallischen Ursprungs und bedeutet „Sohn des“, so daß also MacDonald eigentlich „Sohn des Donald“ heißt. Diese Vorname wird oft in Mc abgekürzt. (asp.)

„Neueste“ Tageszeitung

Wie schwer heute eine Tageszeitung zu erschaffen ist, wissen Sie, lieber Leser, der Sie glücklicher Besitzer dieser Ausgabe sind, wohl selbst am besten. Sowohl für uns, als auch für den Zeitungsersteller ist es keine Freude immer wieder die stereotype Antwort erteilen zu müssen: Auflage vergriffen bzw. ausverkauft. Die Nachfrage nach allem bedruckten Papier ist stärker denn je, es wird gekauft was der Kiosk bietet. Das sollte aber dennoch die Zeitungsmänner und -Frauen nicht dazu verführen, alte Lädenhüter, denn das ist eine Tageszeitung nach wenigen Tagen ihres Erscheinens, leuchtungsigen Mitbürgern zu verkaufen (oder wird sogar schon Altpapier schwarz verkauft?), wie es am Karlsruher Hauptbahnhof geschah.

Karlsruher Angestellte protestierten

Der Vorsitzende des Württemberg-Badischen Angestelltenverbandes, Max Erhardt sprach in einer öffentlichen Kundgebung über die Ernährungslage und forderte eine Verbesserung der Lebensmittellage, die aber keinesfalls eine Beeinträchtigung der Zulagekarten für die Arbeiterschaft mit sich bringen dürfte. Eine Aufrechterhaltung der 48 Stunden-Woche sei nur dann möglich, wenn die Lebensmittellage sich verbessert. Die Voraussetzungen dafür seien gesteigerte Einfuhren, gerechte Verteilung der landwirtschaftlichen Erzeugnisse, sowie eine Änderung des Zulagesystems.

Mit der Begründung, die Arbeitskraft der Angestellten sei erschöpft, wurde die vorgesehene Kürzung der Fettsäuren in der 16. und 17. Zulageperiode als untragbar bezeichnet. K. Gaststätten wegen Preisverstoß geschlossen. Wegen Verkauf von Wein zu überhöhten Preisen wurden folgende Betriebe durch die Preisüberwachungsstelle Karlsruhe auf die Dauer von 8 Tagen geschlossen: Konzert-Kaffee „Grüner Baum“, Kaiserstraße 3, Kabarett Just, Kleinkunstbühne, Kaiserstraße 21, Kaffee-Kabarett Palais, Gohlh, Herderstraße 48, Großcafé „Keceler-Sportplatz“, Kaiser-Allee, Kaffee „Am Zoo“, Entlingerstraße 23, Passage-Palast-Betriebe GmbH, Passage 29-30, Tanzbar „Maxim“, Zähringerstraße, Gaststätte „Zur Stadt Straßburg“, Markgrafstraße 9-II, Gaststätte „Zum Geis“, Kronenstraße 24, Kabarett-Vorstellungen konnten jedoch ohne Bewirtschaftung durchgeführt werden. Die Naturfreunde des Karlsruher Touristenvereins hatten am Sonntag zu einem

Aus dem Tagebuch der Fächerstadt

Farblichbilder-Vortrag Karl Schlimmbergers in das Konzerthaus eingeladen. Zahlreiche Aufnahmen führten den Zuschauer in die sonnige Welt der Berge, hinaus zum Karwendel- und Wettersteingebirge und zeigten Mittelwald als die Heimat berühmter Gegenstände. Zahl am See im Stübli und die Distaler Alpen waren weitere Stationen der Wanderung, die an dem Hallstätter See entlangführte und die Sehnsucht bei vielen weckte, bald wieder „dabei“ zu sein. — Eine Versammlung der Wintersportabteilung findet Freitag, 23. Januar, 20 Uhr, im Restaurant „Bavaria“ statt. K.-M.

Chirurg Dr. Franz Klenz, Städt. Krankenhaus Karlsruhe, bittet um mitzuteilen, daß er nicht identisch ist mit dem in der Ausgabe vom 21. Januar in unserer Zeitung erwähnten „Dr. Klenz im Amt“ Die Red. Die SAZ gratuliert Schuhmachermeister Anton Bach, Sommerstraße 4, feiert heute seinen 83. Geburtstag. — Frau Katharina Kistner, Bachstraße 26, begeht am 23. Januar ihr 80. Wiegenfest.

Lebensmittellistenausgabe. Die Lebensmittelkarten für die 111. Z. P. werden je nach Größe der Besitze in der Zeit vom Dienstag 27. Januar bis einschließlich Freitag, 30. Januar ausgeben. Die Ausgabe an Nachzügler erfolgt ab Samstag 1. Januar. Es wird besonders darauf hingewiesen, daß die Ausgabe der Lebensmittelkarten an Samstagen verweigert wird und daher künftig bereits am Dienstag beginnt. Die Zusatzkarten für werdende und stillende Mütter werden künftig befristet ausgeben. Alles Nähere ist aus den Anschlägen bei den Bezirksstellen und den bekannten Aushängen ersichtlich. aa

Lohnsteuerkarten 1948. Nach den Bekanntmachungen des Landesfinanzamtes sollen die Steuerkarten von 1947 unter gewissen Einschränkungen auch für das Jahr 1948. Danach sind sämtliche Steuerkarten mit eingetragenen Steuerermäßigungen beim Finanzamt-Stadt bzw. Finanzamt Durlach zur Berichtigung bzw. Verlängerung vorzulegen. Für Einträge von Kriegsbeschädigten kommen gleichfalls die betreffenden Finanzämter in Frage; das Städt. Statistische Amt ist für diese Einträge, wie seither, nicht mehr zuständig. aa

Wer kennt die Täter? In der Nacht vom 14. auf 15. Januar wurden, wie berichtet, von einem vor einem Hause in Durlach, Badenerstraße, abgestellten LKW sämtliche sechs Autoräder mit Bereifung abmontiert und von unbekannten Tätern gestohlen. Es handelt sich um Original Opel-Räder 24 Liter mit je 8 Schraubenlöchern, grau, die Ränder der Räder sind graugrün gestrichen. Größe der Bereifung 7,00x20. Vor Ankauf wird gewarnt. Anzeigen, die auf Wunsch vertraulich behandelt werden, sind an die Kriminalpolizei Durlach, Amthausstraße 11, Tel. 135, sowie an jede Polizeistation zu richten. aa

Zwischenfälle im öffentlichen Verkehr. Am 18. Januar gegen 8.30 Uhr wurden in der Rheinstraße in Mühlburg in Höhe der Geibelstraße ein in östlicher Richtung fahrender Radfahrer und eine Frau von einem bis jetzt unbekannten Kraftfahrzeug (Jeep) von hinten angefahren. Der Radfahrer wurde derart schwer verletzt, daß er kurze Zeit später im Städt. Krankenhaus starb, während die Frau mit leichten Verletzungen davonkam. Der Fahrer des Jeep fuhr nach dem Unfall, ohne anzuhalten, in unverminderter Geschwindigkeit Richtung Stadt davon. Wer kann nähere Angaben über den Verkehrsunfall und das Fahrzeug, insbesondere die Insassen, machen? Sachdienliche Mitteilungen, sind an die Kriminalpolizei Zimmer Nr. 74, Altes Polizeipräsidium, Tel. 7190, oder an die nächstgelegene Polizeiwache zu richten. aa

Basen und das Jahr 1948. Am dem am kommenden Sonntag, 25. Januar im Städtischen Konzerthaus stattfindenden Festakt „Basen und das Jahr 1948“ wird, wie uns mitgeteilt wird, neben einer Reihe anderer Ehrengäste auch der Gouverneur des Landes Württemberg-Baden, Charles M. Lefolette, teilnehmen. sp. „Afrikas klassische Bildwelt“. Der für morgen, Samstag, 19.30 Uhr, im Bonifatius-Saal angeordnete Lichtbild-Vortrag ist wegen Erkrankung von Harald Siffert auf 18. Februar verlegt worden. Gelebte Karten behalten Gültigkeit. x

Polizei und Schwarzmarkt

Aus dem Jahresbericht 1947 des Sonderkommissariats für Schwarzmarktbeämpfung ist zu entnehmen, daß 21 600 Aufträge aller Art erledigt wurden. 4318 Strafsachen vorgelegt wurden. Davon entfielen auf präventive Versteife 1236, Schwarz- und Schleichhandel 2277, gewerbliche Versteife 197, Schwarzschlichtungen 117, darunter 71 Rinder, 10 Kälber, 16 Schweine, 18 Schafe, 19 Pferde. — An Strafen wurden verhängt: Geldstrafen 694 100 RM, Einzug von Mehrerlösen 566 900 RM, Freiheitsstrafen 20 Jahre zwei Wochen. Beschlagnahmen wurden u. a. Getreide 52,3 Ztr., Mehlzweckmehl und Mehl 85 Ztr., Fette und Öl 481 kg, Fleisch- und Wurstwaren 77 Ztr., Lebensmittel aller Art 58,5 Ztr., Eier 791 Stück, Wein und Spirituosen 2150 Liter, Bekleidungsstücke 1286 Stück, Stoffe 874 m, Zigarettensachen 782 385 Stück, Zigarren 97 816 Stück, Tabak 1454 Päckchen, Rohtabak 44 Ztr., Bargeld 446 061 RM, Treibstoffe 1943 Liter, Seife 169 457 Stück, Baustoffe 2119 Stück, Schweine 23, Haushaltsgegenstände, Schmuckwaren und Veredeltes 213 714 Stück. — Auf dem Lebensmittelmarkt wurden 710 Proben erhoben. aa

Eltern gegen Schulreform

Auf Einladung der Direktion und des Elternbeirats der Fichteschule wurden die Elternbeiräte aller höheren Schulen Karlsruhe und viele interessierte Eltern am Montag, 19. Januar, in der Lessingstraße zusammengekommen, um sich über die bevorstehende Schulreform auszutauschen. Das Ergebnis der Aussprache wurde folgender, einstimmig gefaßter Entschluß zugrundegelegt:

„Die Elternbeiräte aller höheren Schulen Karlsruhes, die für über 6000 Schüler sprechen, sind einmütig der Ansicht, daß eine so tiefgreifende Umformung des gesamten Schulwesens, wie sie in dem württemberg-badischen Vorentwurf vorgesehen, im gegenwärtigen Zeitpunkt nicht zu rechtfertigen ist. Es erscheint ungleich viel wichtiger, daß der deutschen Schule geholfen wird, aus der größten Not (Mangel an Räumen, Bänken, Heften usw.) herauszukommen, daß man ihr die Ruhe gibt, die sie zu ihrer Arbeit braucht, sodaß sie wieder in die Lage versetzt wird, das zu leisten, was man von ihr zu erwarten hierzulande gewohnt ist. In Karlsruhe, wo durch die Kriegsergebnisse an der Volksschule sowohl wie an den höheren Schulen anderthalb Schuljahre so gut wie ganz verloren gingen, muß diese Forderung nach Ruhe besonders betont werden.“ tp.

Ein tolles Lügengebäude stürzte zusammen

Das alte Märchen von der großen Erbschaft brachte 80 000 Mark ein

Es ist schwer zu sagen, worüber man sich in der Montag-Verhandlung der Karlsruher Straßammer II (Vorsitzender Landgerichtsrat Dr. Rothen) mehr wundern sollte: über die alles in den Schattens stehenden Schwindereien der Angeklagten oder über das unglaubliche Maß an Einfalt der von ihr Geschädigten? Im Verleihen der 47jährigen Hedwig Ritter gab es wenig Vollkommenheit. Nur in einem Punkt besaß sie eine solche in dem der Lüge! Sie hatte eine besondere Schwäche dafür und — für Menschen, die ihr glaubten. Vor allem hatte sie ihr die als Zeugin erscheinende Schneiderin L. angetan, mit der sie aus der Schule eine alte Bekanntschaft verband. Jene hatte als geschätzte Kraft einen großen und guten Kundenkreis und darüber hinaus ein noch zu verzeichnendes Herz. Auf diesem Wege kam ihr die Angeklagte in „selbstloser Art“ weitgehend entgegen, indem sie ihr von einem gewissen Karcher erzählte, dessen Bekanntschaft die L. einmal süchtig gemacht hatte und der sich nun ernstlich für sie interessierte. Er schien keine schlechte Partie zu sein, war er doch — nach dem eben begonnenen Roman der L. — zusammen mit ihr und der Schneiderin Erbe eines riesigen Vermögens! Doch davon mußte die R. der L. noch mehr erzählen: Also, da gab es einmal eine Frau Brandberger, Tochter des Direktors der Arguswerke, mit der sie befreundet war und die ihr nicht nur einen Platz im Herzen, sondern nach ihrem Ableben auch einen solchen im Testament eingeräumt hatte. 7-8 Millionen, erzählte die R. der noch nicht Zubehörenden, Abgesehen von dem Mobilar, das sich ihren Angaben zufolge mühsam in sechs Waggons unterbringen ließ und demnach im Besitze eines Rechtsanwaltes Fuchs in Durlach ausgelagert werden sollte. Es wäre also aller Grund zur Freude gewesen, wenn ... die Erbschaft nicht in Baden-Baden gelegen hätte! Ein gewisser Bovary, so faselte die R. weiter, habe als angeblicher Be-

vollmächtigter der dortigen Militärregierung die Angelegenheit in Händen, sei jedoch bereit, gegen Entrichtung einer Erbschaftsteuer von 120 000 Mark den Nachlaß freizugeben. Und noch eine Neuigkeit: Karcher, so erzählte sie weiter, sei von den französischen Besatzungsbehörden wegen einer politischen Sache in Haft; könne aber gegen Stellung einer Kaution von 2000 Mark den Weg in die Freiheit und damit zum Herzen der L. finden. Die Schneiderin dachte an ihre Ersparnisse und gab 2000 Mark für Karcher und 2000 Mark für die Erbschaft. Und sie tat noch mehr: Sie erzählte in ihrem Kundenkreis von der R. und der zu ersetzenden märchenhaften Erbschaft. Im Hinblick auf die in Aussicht gestellten Möbel gab die Geldgeber, unter denen sich zum Teil Fliegenschwärme befanden, der L. oft ihr Letztes, die den Gesamtbetrag von über 20 000 Mark getreuhaft an die R. ablieferte. Während die L. den Besuch des Karcher erwartete, teilte ihr die Anzeigerin mit, daß dieser nach einem Autounfall im Krankenhaus liege, jedoch dürfe er nur von ihr besucht werden. Sie erklärte sich jedoch gerne bereit, Lebensmittel u. a. dem „Kranken“ mitzunehmen. Zusammen mit der L. warteten indessen noch weitere Geldgeber und diese würden vielleicht heute noch warten, wäre nicht ein von der Geschädigten, der mit seiner Familie allein 40 000 Mark für das „Unternehmen Ritter“ gab, sämtliche leise Zweifel aufgestiegen. Im erklärlichen Verlangen, die in Karlsruhe abgestellten Möbel zu besichtigen, ging er mit der R. in das bezeichnete und von der Besatzungsmacht bewohnte Haus, wo man natürlich nichts von dergleichen wußte. Mehr wußte man allerdings auf der Kriminalpolizei, wo der Zeuge seine „Begleitung“ abließerte. Dort stürzte das ganze Lügengebäude zusammen. Erbsasserin und Erbschaft existierten, die anderen Haupt- und Nebenfiguren des Romans nur in der gerissenen Fantasie der Angeklagten; wie sich auch

der zitierte Rechtsanwalt in Wirklichkeit seit 1938 in Australien befindet! Von dem erwiderten Geld, das auf ungeklärte Weise verschwunden blieb, konnten lediglich zwei Sparbücher mit je 400 Mark Einlage sichergestellt werden. Bemerkend für die R. war es auch, daß nur eine Zeugin ihr Geld zurückbekam! Die Frau eines Polizeibeamten!

Staatsanwalt Zimmermann bezeichnete die R. als eine Person, die in gewissenloser Art es verstand, suggestiv auf die Leichtgläubigkeit ihrer Opfer einzuwirken, wobei es ihr nicht darauf ankam, bezüglich der Möbel diese verschiedenen Personen zugleich zu versprechen. Er bezeichnete sie als Gefahr für die Allgemeinheit und beantragte 3 Jahre Gefängnis. Das Gericht verurteilte sie nicht dem Wort der Verteidigung, daß es sich bei der von ihr aus etwas stiefmütterlich bedachten einem Menschen handelt, der im überalterten Geltungstrieb versuchte, sich auf andere Weise einen Ausweg zu verschaffen. Einem medizinischen Gutachten der psychiatrisch-neurologischen Klinik der Universität Heidelberg zufolge ist jedoch die R. als zurechnungsfähig und für ihre Taten voll verantwortlich zu betrachten. Eine Gefängnisstrafe von 3 Jahren abzüglich 4 Monate Untersuchungshaft war das Erbe. K.-M.

Ehemaliger Gefängnisdirektor verurteilt

Der Hildbrige F. Krüger wurde vom Militärgericht in Oppfingen wegen Waffenbesitzes zu 18 Monaten Gefängnis verurteilt. Krüger war im Jahre 1946 zeitweiliger Gefängnisdirektor in Bruchsal, Karlsruhe, Mannheim und Ludwigsburg. Er hatte damals von der Militärregierung in seiner Eigenschaft als Gefängnisdirektor zu seinem persönlichen Schutz eine Schusswaffe erhalten, die er beim Ausschleichen aus dem Amt nicht zurückgab, obwohl er wußte, daß die Berechtigung zum Tragen der Waffe nur für die Zeit der Amtsdauer Gültigkeit hatte.

Württemberg-Badische Rundschau

Kreis Bruchsal berichtet. Der neugewählte Kreistag, in dem die CDU mit 26, die SPD mit 12, die DVP und die Gruppen der Abgeordneten mit je einem Abgeordneten vertreten sind, fand sich unter dem Vorsitz von Landrat Weiß in Bruchsal zur ersten Sitzung ein. Nach Verpflichtung der 24 Abgeordneten — 12 neue Männer befinden sich darunter — vollzog der Kreistag als erste Amtshandlung die Wahl des aus acht Mitgliedern bestehenden Kreisrats; er setzt sich aus fünf Angehörigen der CDU und drei der SPD zusammen. Gleichzeitig wurden deren Stellvertreter berufen.

Der Kreistag befaßte sich sodann mit der Schaffung eines Altersheim es für den 100 000 Einwohner zählenden Kreis. Am geeignetsten scheint dazu das Schloss Kislau. In einer Entscheidung der CDU-Fraktion wird betont, daß eine andere Verwendung Kislau untergeordnete Zwecke schaffen würde. Kislau müsse ein Altersheim für Alt- und Neubürger gleichermaßen werden. — In der allgemeinen Aussprache erörterte das Gremium die Notlage des Kreises in der Kartoffel- und Kohlenversorgung. Auch der

katastrophale Futtermangel stand zur Debatte. — Auf der Tagesordnung der Kreisversammlung am 24. Januar im Langenbrücken steht unter anderem die Wahl des hauptamtlichen Landrates.

Die Bevölkerungs-Statistik der Kreisstadt zeigt im Jahre 1947 Geburtenzunahme und Rückgang der Sterblichkeit, 456 Geburten stehen 238 Todesfälle gegenüber; somit ergibt sich ein Geburtenüberschuß von 200. Trotz der Notzeit ist die Heiratstatistik gewachsen, 1947 wurden 177 Ehen geschlossen; 1946 waren es nur 118. Bruchsal, das einmal fast 20 000 Einwohner zählte, weist bereits wieder eine Bevölkerungszahl von 14 621 Personen auf. Vor Jahresfrist waren es 14 020 Menschen, am 1. Januar 1948 zählte man 12 027 und am 1. Oktober 1948 11 962 Einwohner. — In Untergrombach hielten kürzlich die Gemeindevorsteher der SPD eine Tagung ab, auf der Oberbürgermeister Töpfer, Karlsruhe, über die politische Lage Deutschlands referierte und zu den Verhältnissen im Landkreis Bruchsal, dessen Spitzenkandidat das Karlsruher Stadtoberhaupt bei den letzten Landtagswahlen war, Stellung nahm. In der Diskussion wies die Gemeindevorsteher auf die Mängel in der Textil- und Schuhversorgung hin. Kreisvorsitzender Schmitt, der Leiter des Arbeitsamtes in Bruchsal, forderte die Einberufung der Kreisstadt unter die Städte mit über 20 000 Einwohner.

Am zweiten Jahresanfang fand in Philippsburg die Kreis-Kaninchen- und Geflügel-Ausstellung statt; die große Schau in der Städt. Festhalle war nach 11 Jahren die erste dieser Art in den Mauern der alten Reichsburg am Rhein. Über 300 prächtige Tiere fanden die Bewunderung der zahlreichen Besucher aus nah und fern an den beiden Ausstellungstagen. Stellvertretender Verbandsvorsitzender und Obmann der Preisrichtervereinigung in Nordbaden, Karl Nagel, Mannheim-Feudenheim, bewertete mit den Fachleuten Scheubie, Bretten, Rink, Knielingen und Westermann, Bruchsal, die 300 Kaninchen; bei den 100 Tieren in der Geflügelabteilung trafen Walschburger, Ettlingen und Ringwald, Wolfartweiler die Entscheidung. An die erfolgreichsten Züchter kamen 144 Ehrenpreise zur Verteilung.

Nach über 13jähriger Tätigkeit als Diaprosseleitor im Bruchsal mit dem Sitz in Philippsburg verließ Mitte Januar der evang. Pfarrer Höckh seine Gemeinden, um seine neue Pfarrstelle in Singen bei Pforzheim zu übernehmen.

Der Wochenbericht der Landespolizei meldet die Festnahme eines Schleichers aus dem Rheinland, der Küchengüter gegen Tabak zu gros umsetzte. Weiter kamen 22 Personen aus Ortschaften des Ruhrgebiets wegen Mißhandlung zum Teil bis zu 20 v. M. zur Anzeige. In Huttenheim kam das Auge des Geistes einem schwarzen Hochzeitsbraten auf die Spur. aa

Localredaktion: Helmut Haug, Karlsruhe Redaktion: Waldstr. 25, Tel. 9530, Anzeigenannahme: Bekh, Karlsruhe, Kaiserstraße 14, Telefon 7285 (Zweigstelle Ettlingen, Kronenstraße 4, Telefon 413).

Aus den Konzertsälen

Der Karlsruher Kulturbund ließ sehr verdienstlich schon öfters den heute schon mehr klassischen Führer der musikalischen Moderne, Paul Hindemith, zu Wort kommen. Da bislang seine Oper „Mathis, der Maler“ im Staatstheater dem Karlsruher noch vorenthalten wurde, konnte man lediglich den instrumentalen Schaffens des Meisters begegnen. Was auch wiederum verdienstlich, daß Dr. G. Nestler, dem den Musikkreis föhrenden Hörerkreis nochmals die Grundelemente von Hindemiths Musik einführend darlegte, die Instrumentalkompositionen sind heute ein anerkannter Bestandteil anspruchsvoller Programme. Neben der berühmten Bratschenkonzerte zu Anfang (Gerhard Drosdowski) und die Melodieninstrumentalisten Drosdowski (Viola), Wilh. Mayer (Oboe) und Hans van Gelder (Cello). Sämtlichen Mitwirkenden gebührt für die außerordentlichen Leistungen herzlichster Dank, den auch der interessierten Hörerschaft lebhafter Beifall bezeugte. Dr. Hoesemer

zweifelt, daß auch die Prosa (in der Literatur) ihre Rhythmik aufweist bekanntlich, so darf als ansprechendes Problem nun gelten: wie Hindemiths „musikalische Prosa“ in ihrer Rhythmik sich verhält zu den gebundenen Rhythmen der romantischen Gedichte, die als Texte seinen „Serenaden“ zugrundeliegen. Auf dieses Verhältnis kann hier leider nur mit dem Gesagten hingewiesen sein und abschließend erklärt werden: die musikalische „Prosa“ ist mit der literarisch-dichterschen „Gebundenheit“ in eine höhere Synthese gebracht, die vom Klanglichen (auch der Singtöne) her in bei Hindemith höchst überraschenden Stimmungswerten besteht. Sie wurden denn auch bestehend vermittelt durch die den Gesang mit überlegener Technik und warmer Einfühlung unternehmenden Instrumentalisten Drosdowski (Viola), Wilh. Mayer (Oboe) und Hans van Gelder (Cello). Sämtlichen Mitwirkenden gebührt für die außerordentlichen Leistungen herzlichster Dank, den auch der interessierten Hörerschaft lebhafter Beifall bezeugte. Dr. Hoesemer

Parallelen mit Beethoven, der Einfluß des Barock auf den jungen Mozart waren in ihrer klaren, warmen und durchdrachten Formulierung allgemein überzeugend. Das Arrangement dieser Veranstaltungen besorgte die Konzertdirektion Neufeldt. —

„Struwelpeter“

Ein Ereignis für kleine und große Kinder: der „Struwelpeter“ auf der Bühne. In einer Bearbeitung von Paul Vogt spielte die Deutsche Kindertheater — eine Institution, die wir hoffentlich noch öfters hier sehen werden — dieses heitere, zugleich belehrende Stück mit schöner Beherrschung sprachlicher Mittel, tadelloser schauspielerischer Momente (nebenbei der Teufel war in dieser Hinsicht eine ausgesprochene Glanzleistung) und nicht zuletzt bei einer Inszenierung, die Illusion, Phantasie und Empfindung weitesten Spielraum ließ. Von den Mitwirkenden verdient besonders das Tross als Struwelpeter höchste Anerkennung. Daneben gefielen H. Bauer, F. Stefan, H. Leuthold und E. Körner-Knecht in den Rollen der Kinder. G. Theobald verkörperte die sorgenvolle Mutter; der gute Fee gab M. Heiningner eindrucksvolle Gestalt. Als Dorfschule und Nikolaus wirkte Gerda Reichle. Die Begleitung am Flügel besorgte Heiga Fautner geschickt und zuverlässig. Überflüssig zu sagen, daß die Beteiligung des kleinen und großen Publikums eine äußerst rege war. —

Die Neuauswertung des Schauspiels „Ingeborg“ von C. Götts mußten wir aus Raumgründen zurückstellen und bringen sie in unserer nächsten Mittwoch-Ausgabe. Die Red.

Hier Radio Stuttgart. Tägliche Sendungen: Nachr.: 6.45, 11.45, 15.45, 22.45; Stimme Americas: 8.00, 19.00; Suchdienste: 9.15 P.C.I.R.O., 11.30 Kinder; Presskommentare des Tages: 22.30.

Aus den Tagesprogrammen

Freitag, 23. Jan.: 8.15 Wasserl.; 12.15 Prozesse d. Zeit; 17.30 Aus d. Weltl.; 18.30 Anschlussl.; 18.15 Echo u. Baden; 18.30 Sport; 18.45 Parteien sprechen; KPD. — Samstag, 24. Jan.: 8.15 Wasserl.; 17.50 Anschlussl.; 18.15 Zeitfunk; 19.30 Z. Politik d. Woche. — Sonntag, 25. Jan.: 8.00 Landfunk; 8.30 Scharlat; Klav.-Sonate D-dur; 9.00 Ev. Felerstunde; 10.30 E. Lalo; 10.45 Symp. Espagnole f. Viol. u. Orch.; G. Bizet; „Roma“; Orch.-Suite; 11.30 Universitätsstunde; „Geschichte u. Geschlechtschreibung“ (Prof. K. Durandt); 14.15 Kinderfunk; 15.30 Kammermusik; 17.00 Hörspiel: „Gas“ v. G. Kaiser; 18.30 Sport; 20.00 Oper: „Dr. Johannes Faust“ v. H. Reuter; 21.30 D. Kritiker hat d. Wort; 21.45 Musik, darw. W. Reichert.

Frankfurt 23. Jan., 22.15 Fr. Schubert: „Winterreise“, 2. Teil; 23. Jan., 17.30 Symp.-Konz. A. Bak; Tintagel, J. Stravinsky; Violinkonz., G. Mahler; Symp. Nr. 4.

Nachhalt

Vorhersage des Amtes für Wetterdienst Karlsruhe, gültig bis Sonntagabend: Freitag zunehmende Bewölkung, später Regen, teilweise mit Schnee gemischt. Höchsttemperaturen um 7 Grad, nachts um 0 Grad. Samstag wolbig mit einzelnen Niederschlägen, meist als Regen. Temperaturen um 7 Grad, Sonntag meist trocken, teilweise aufhellend, Temperaturen wenig über 0 Grad. Leichte Nachfröste. Im allgemeinen schwache, zeitweise etwas heftigere Winde aus westlichen Richtungen.

